



Freie und Hansestadt Hamburg

Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration

Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration
Postfach 76 01 06, D - 22051 Hamburg

Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
z. Hd. Frau Priscilla Owosekun-Wilms
Vorsitzende der Bezirksversammlung Hamburg-Nord
über die Geschäftsstelle der Bezirksversammlung
Hamburg-Nord
Kümmelstraße 5-7
20249 Hamburg
nachrichtl.:
Herr Bezirksamtsleiter Michael Werner-Boelz

Staatsrätin
Petra Lotzkat

Hamburger Straße 47
D - 22083 Hamburg

Telefon 040 - 4 28 63 – 2550/51
Telefax 040 – 427 3 11011

E-Mail: Petra.Lotzkat@soziales.hamburg.de

Hamburg, den 28.03.2022

Erweiterung der öffentlich-rechtlichen Unterbringung Krausestraße 96a im Rahmen der Aktivierung von Reserveflächen im Bezirk Hamburg-Nord, Stadtteil Dulsberg

hier: Anhörung der Bezirksversammlung Hamburg-Nord gem. § 28 BezVG

Sehr geehrte Frau Owosekun-Wilms,

die Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration möchte Ihnen auf diesem Wege Gelegenheit zur Stellungnahme nach § 28 Satz 1 Nr. 9 BezVG in Monatsfrist geben, da geplant ist, den Standort der öffentlich-rechtlichen Unterbringung (örU) Krausestraße 96a, im Rahmen der Aktivierung von Reserveflächen um 60 Plätze zu erweitern.

Aufgrund kontinuierlich steigender Zugangszahlen geflüchteter Menschen in Deutschland und Hamburg wurden bereits in den letzten Monaten gesamtstädtisch diverse Anstrengungen unternommen, um weitere und auch kurzfristig verfügbare Kapazitäten in Hamburg zu akquirieren und für die jeweiligen Zwecke nutzbar zu machen.

Während der gesamte Unterbringungsbedarf in den Erstaufnahmen und der öffentlich-rechtlichen Unterbringung in Hamburg seit Beginn der Flüchtlingskrise 2015/2016 leicht rückläufig war, wurden seit Mitte 2021 deutlich steigende Zugangszahlen geflüchteter Menschen in Hamburg verzeichnet. Die Zugangsprognose für das Jahr 2022 wurde daher am 10. Dezember 2021 in der Lenkungsgruppe „Integration öffentlich-rechtliche Unterbringung (örU) und Erstaufnahme (EA) in die gesamtstädtische Flächenverwertung und Planung“

angepasst. Der in den Vorjahren prognostizierte Unterbringungsbedarf von 250 Personen pro Monat, wurde für den Zeitraum Januar bis Juni 2022 auf monatlich 400 erhöht. Ab Juli 2022 wird mit 300 Geflüchteten pro Monat gerechnet. Grund für die steigenden Zugangszahlen seit Mai 2021 waren bisher insbesondere die Situation in Afghanistan, die Sekundärmigration aus Griechenland und der Druck auf den Hauptmigrationsrouten.

Durch den unvorhersehbaren Angriff Russlands am 24.02.2022 auf die Ukraine hat sich die ohnehin angespannte Situation nochmal verschärft. Seitdem sind mehr als 3,5 Menschen aus der Ukraine geflohen. Mit den andauernden Kriegshandlungen und einem nicht zu erwartenden schnellen Ende des Krieges steigt neben den regulären Zugängen die Zahl ukrainischer Schutzbedürftiger auch in Hamburg rasant an. Seit dem 24. Februar 2022 sind mit Stand vom 21. März 2022 bereits 17.268 Personen in Hamburg angekommen, die im Zuge der Kriegshandlungen nach Hamburg geflüchtet sind. Von diesen sind 11.020 Personen in der Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung registriert worden und 2.443 Personen sind in andere Länder verteilt worden, weil Hamburg ähnlich wie andere Metropolen in den vergangenen Wochen eine höhere Zuwanderung verzeichnet hat, als andere Regionen in Deutschland. Zurzeit hat etwa die Hälfte dieser Personen einen Unterbringungsbedarf in der öffentlich-rechtlichen Unterbringung. Angesichts dieser Entwicklungen und der in den vergangenen Tagen gestiegenen Registrierungen von Schutzsuchenden ist damit zu rechnen, dass in den kommenden Tagen und Wochen noch mehr Schutzsuchende die Hansestadt erreichen werden. Diese Situation stellt vor dem Hintergrund der ohnehin schon knapp bemessenen Unterbringungskapazitäten eine große Herausforderung dar. Um auf die nach wie vor dynamische Entwicklung der Fluchtbewegung aus dem ukrainischen Kriegsgebiet vorbereitet zu sein, werden daher derzeit in der gesamten Stadt zusätzliche Standorte zur Unterbringung von Geflüchteten geprüft und bestehende Kapazitäten ausgebaut.

Diese Herausforderung wird insofern verstärkt, als dass aufgrund der Abbaupflichtungen diverser Bürgervertragsstandorte sowie nicht verlängerbarer Mietverträge (z. B. aufgrund anstehender Wohnungsbauvorhaben) Unterbringungsplätze in den nächsten Jahren verloren gehen werden. Es ist daher nicht nur erforderlich neue Wohnunterkünfte zu planen, sondern auch bestehende, aufgrund der vertraglichen Vereinbarung zu schließende Standorte nach Möglichkeit zu verlängern bzw. zu erweitern. Die Sozialbehörde ist dazu seit mehreren Monaten mit den Bezirksämtern sowie den örtlichen Bürgervertragsinitiativen im Gespräch.

Ein weiterer wichtiger Schritt ist die Aktivierung der mehrstufigen Reserveplanung für die öffentlich-rechtliche Unterbringung. Die Reserveplanung wurde gemäß dem Beschluss der Lenkungsgruppe „Integration der öffentlich-rechtlichen Unterbringung (örU) und der Erstaufnahme in die gesamtstädtische Flächenverwertung und -planung“ vom 15.06.2018 mit der Zielsetzung erstellt,

bei künftigen ansteigenden Flüchtlingszahlen schneller handlungsfähig zu sein und den Unterbringungsbedarf zu decken. Dieser Bedarfsfall ist mit dem Angriff auf die Ukraine eingetreten.

Für Hamburg-Nord ist geplant, auf einem freien Grundstücksteil (Krausestraße 96b) der bereits bestehenden örU-Einrichtung Krausestraße 96a einen zweigeschossigen Holzbau für die Gemeinschaftsunterbringung mit insgesamt 60 Plätzen, Gemeinschaftsräumen, Küchen und Sanitäranlagen (Plan s. Anlage), zu errichten. Eine Baugenehmigung wurde im Rahmen der Reserveflächenplanung bereits 2019 erteilt und im Jahr 2021 bis zum 30.09.2026 verlängert.

Die Einrichtung Krausestraße 96a mit 37 Plätzen ist seit 2017 in Betrieb. Die Wohnunterkunft hat sich gut in der Nachbarschaft und im Stadtteil etabliert. Es gibt nur sehr wenige Beschwerden. Durch die Erweiterung bekommt der Standort mit 97 statt 37 Plätzen eine wirtschaftlichere Größe. Aufgrund geplanter baulicher Maßnahmen ist die Schließung der Unterkunft nach aktueller Planung im Jahr 2028 vorgesehen.

Parallel zur Organisation der Unterbringung wird alles dafür unternommen, geflüchtete Kinder im geregelten Betreuungs- und Schulsystem unterzubringen und sie in die bestehende soziale Infrastruktur einzubinden.

Grundsätzlich haben Kinder, die in einer öffentlich-rechtlichen Unterbringung leben, einen Rechtsanspruch auf Förderung in einer Kindertageseinrichtung oder in Kindertagespflege. Hierzu beantragen die Sorgeberechtigten einen Kita-Gutschein bzw. eine Kindertagespflege-Bewilligung in der Abteilung Kindertagesbetreuung des zuständigen Bezirksamts und suchen selber eine geeignete Kita oder Kindertagespflegepersonal für ihr Kind.

Für neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler, die nicht über ausreichende Sprachkenntnisse verfügen, um dem Unterricht in einer Regelklasse zu folgen, unterhält die für Bildung zuständige Behörde (BSB) im Bereich der allgemeinbildenden Schulen ein spezielles Aufnahmesystem. Dabei besuchen nicht in lateinischer Schrift alphabetisierte Schülerinnen und Schüler zunächst für bis zu 12 Monaten eine Basisklasse. Alphabetisierte Schülerinnen und Schüler besuchen für bis zu 12 Monaten eine Internationale Vorbereitungsklasse (IVK). In Absprache mit der BSB kann hierfür an einer (oder an beiden) der nah gelegenen Grundschulen Grund- und Stadtteilschule Alter Teichweg und Schule Lämmersieth im Bedarfsfall eine IVK für Grundschülerinnen und Grundschüler eingerichtet werden. Der Bedarf wird regelhaft überprüft und bedarfsgerecht angepasst.

Die Sozialbehörde ist darüber hinaus mit den Bezirksamtern im Gespräch, wie die soziale Infrastruktur im Rahmen der sozialräumlichen Integrationsnetzwerke gestärkt werden kann.

Durch die Erweiterung des bestehenden Standortes Krausestraße 96a um 60 Plätze kann im Bezirk Hamburg-Nord ein Beitrag geleistet werden, die Notlage zu mildern und die humanitäre

Situation für die Geflüchteten und Schutzsuchenden aus der Ukraine in unserer Stadt zu verbessern. Nur mit der politischen Unterstützung des Bezirks kann es uns gelingen, dieser Herausforderung zu begegnen.

Mit freundlichen Grüßen

P. Blaut

Informationen zum Vorhaben Erweiterung Krausestraße 96b (Zusammenfassung)

Bezirk	Hamburg-Nord
Stadtteil	Dulsberg
Flurstück	6826 der Gemarkung Barmbek (0453)
Grundstückseigentümer	LIG (AGV)
Objekt	Grundstücksfläche der bestehenden Einrichtung Krausestraße 96a
Beschreibung der Einrichtung	Aktivierung eines Reservestandorts der öffentlich-rechtlichen Unterbringung durch Eintritt des Bedarfsfalls
Zielsetzung	Errichtung eines Holzbaus (mit insgesamt 60 Plätzen, Gemeinschaftsräumen, Küchen und Sanitäranlagen)
Zielgruppen	Familien und Alleinstehende aus dem Personenkreis der Geflüchteten und Obdachlosen.
neue Plätze	60
Infrastruktur Verkehr	Die Krausestraße 96b ist durch die S-Bahnlinie S1 (Friedrichsberg, ca. 350 m Entfernung) und die U-Bahnlinie U1 (Straßburger Straße, ca. 850 m Entfernung) sehr gut angebunden.
Infrastruktur Einzelhandel	Ein Lidl Markt und ein Edeka sind ca. 600 m entfernt. In weniger als 1 km Entfernung sind ein Rewe, ein Penny und ein Aldi Markt zu erreichen.
soziale Infrastruktur	<p>Es befinden sich folgende Kitas in unmittelbarer Nähe: KiTa Schönklinik KiTa Pinelsweg Ev. KiTa Dulsberg KiTa Lothringer Straße KiTa Probsteier KiTa Meine KiTa KiTa LumiGarten</p> <p>In der Nähe gibt es die Grundschulen: Schule Lämmersieth (ca. 1,3 km Entfernung) Grund- und Stadtteilschule Alter Teichweg (ca. 1,5 km Entfernung)</p> <p>Weiterführende Schulen: Emil Krause Schule (Stadtteilschule, ca. 300 m Entfernung) Hansa-Kolleg (Gymnasium, ca. 1,2 km Entfernung) Grund- und Stadtteilschule Alter Teichweg (ca. 1,5 km Entfernung)</p> <p>Sonstige Bildungseinrichtungen: Regionales Bildungs- und Beratungszentrum Winterhude</p> <p>Soziale Einrichtungen:</p>

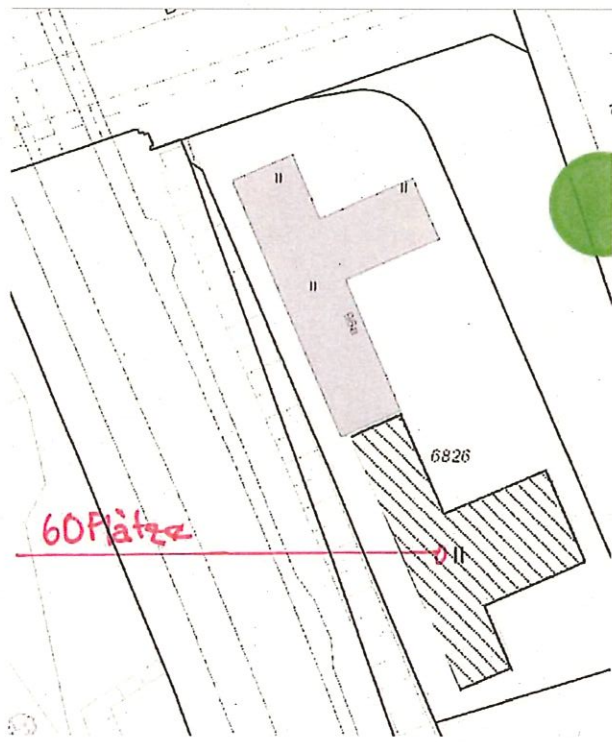
	<p>Frühstart für Erfolg+ Dulsberg (Elternlotsenprojekt) Ambulante Sozialpsychiatrie</p> <ul style="list-style-type: none"> - DRK Sozialstation Lohbrügge - Das Rauhe Haus - GPD Nordost-GmbH <p>Spielhaus/ Bauspielplatz Damerowsweg Spielhaus Dulsberg</p>
zur Liegenschaft	Ein Holzbau wird wie im beigefügten Lageplan dargestellt auf dem Grundstück errichtet.
Standard	Der Standort bietet den Standard einer Gemeinschaftsunterkunft.
Personal	Bereitstellung eines Unterkunfts- und Sozialmanagement mit dem Schlüssel 1:80 und dem Technischen Dienst mit dem Schlüssel 1:160.
Laufzeit	BG bis 30.09.2026, ab 2028 sind Baumaßnahmen auf dem Grundstück geplant

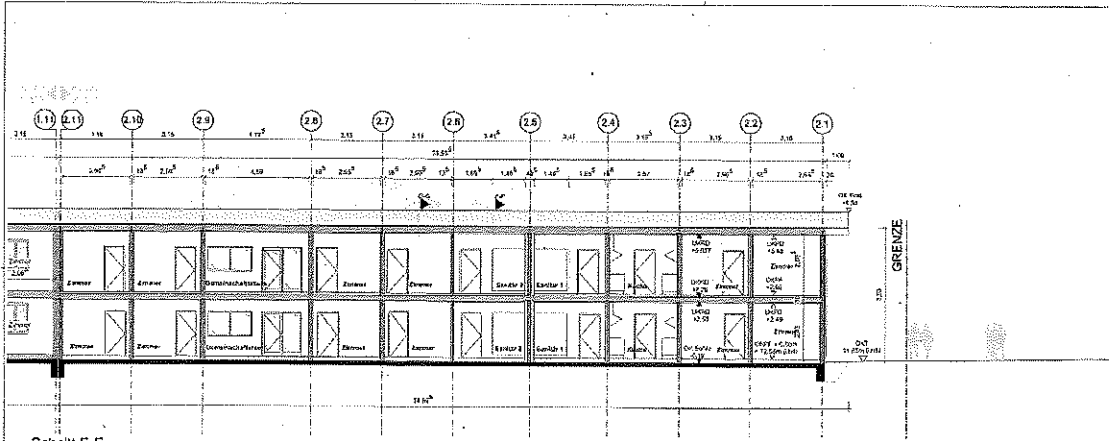


örU-Standort
„Krausestraße“,
37 Plätze

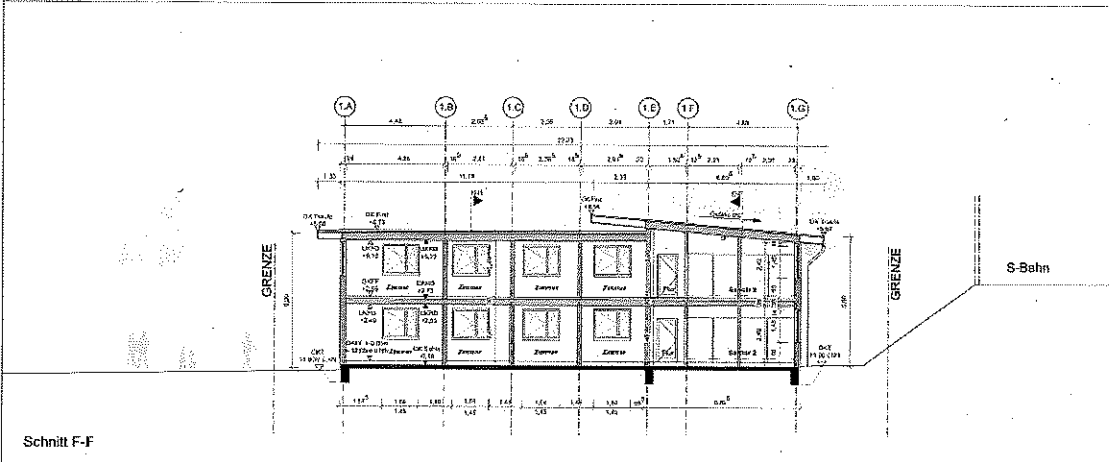


örU Reserve,
60 Plätze

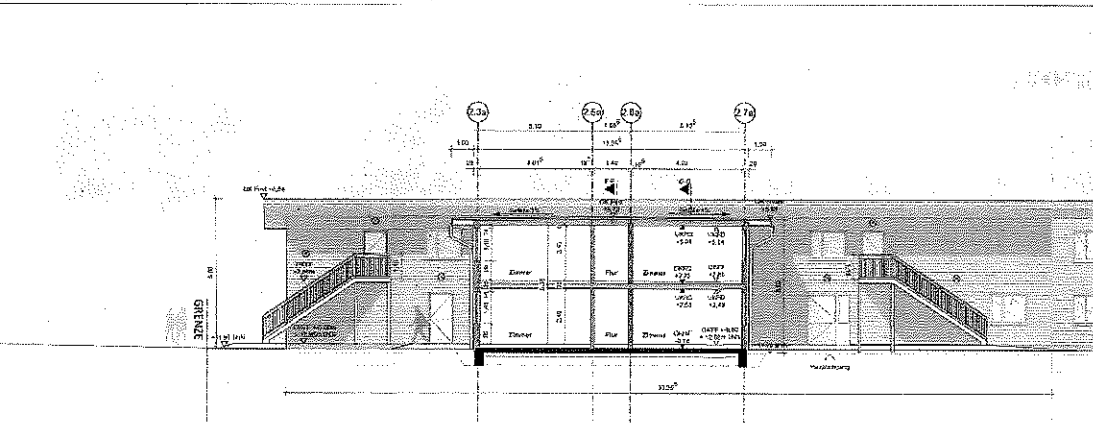




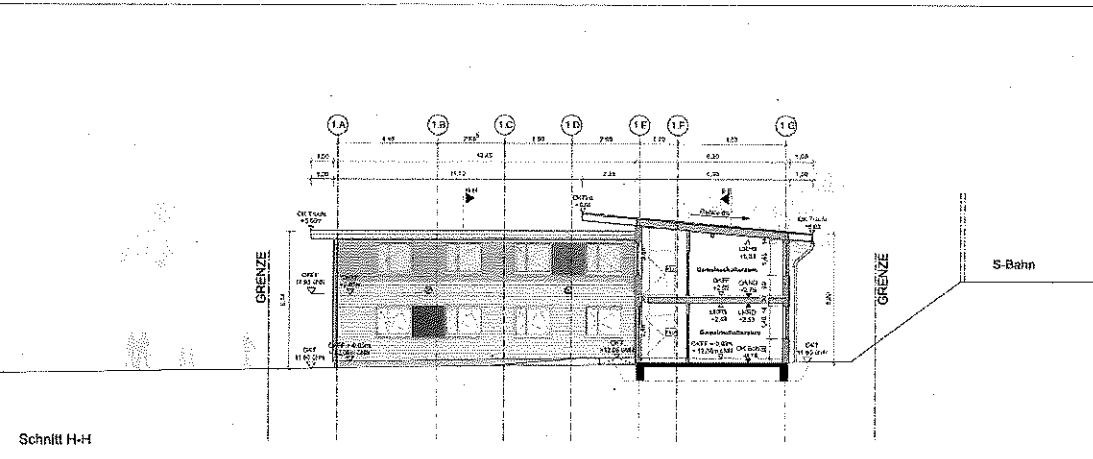
Schnitt E-E



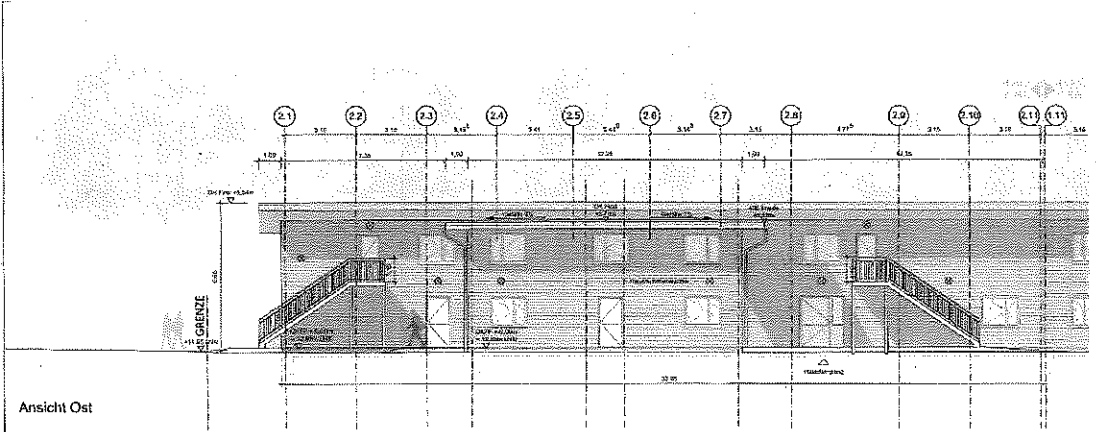
Schnitt F-F



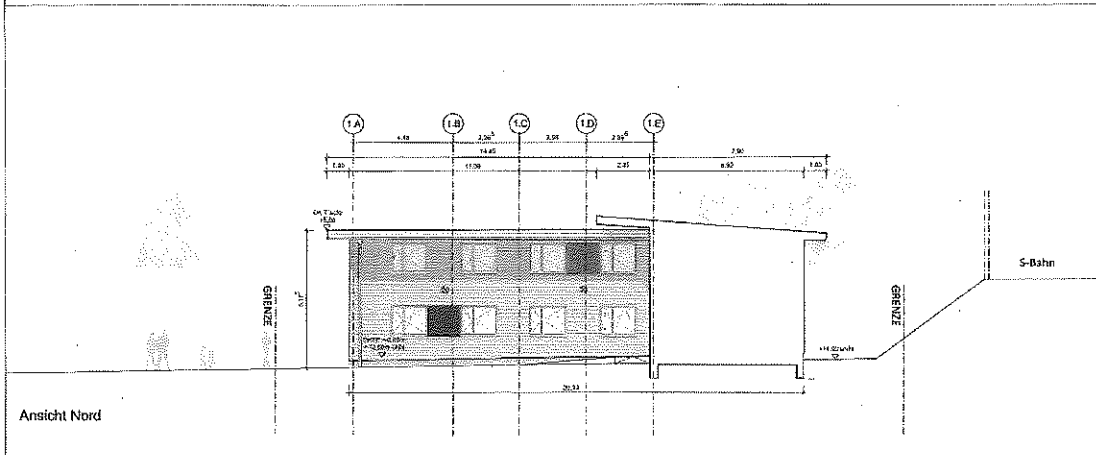
Schnitt G-G



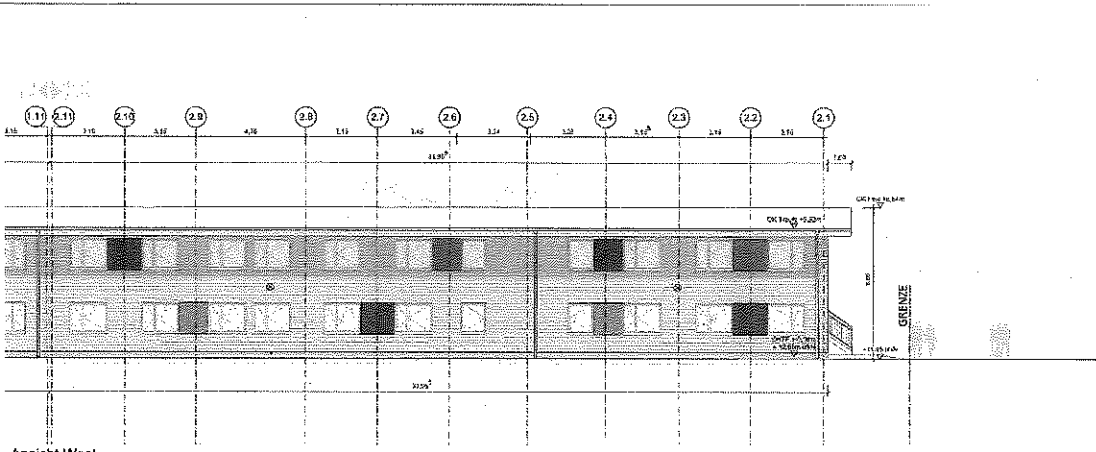
Schnitt H-H



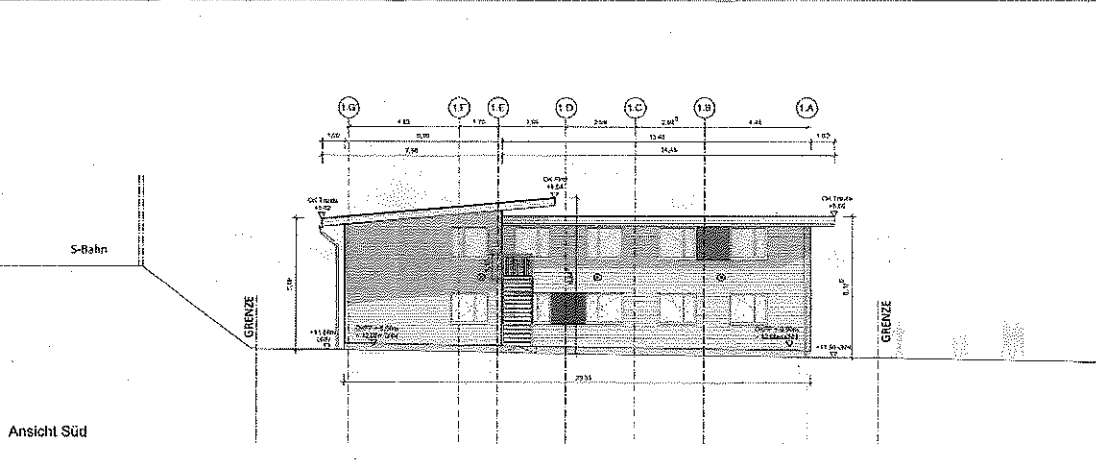
Ansicht Ost



Ansicht Nord



Ansicht West



Ansicht Süd